

Lissabon ist nur der Anfang

Durch den Vertrag bekommt die EU ab heute endlich eine neue Grundlage. Doch erst bei seiner Umsetzung wird sich zeigen, ob Europas Regierungen wirklich zu einer starken Union stehen

Von Daniela Schwarzer

Mit dem Vertrag von Lissabon gibt sich die Europäische Union heute nicht nur eine neue Rechtsgrundlage. Sie beendet ernüchtert einen Prozess, der 2001 vom Gipfel in Laeken gestartet wurde und der die EU mit dem Europäischen Verfassungskonvent in eine neue Ära führen sollte.

Von der damaligen politischen Tatkraft und der Lust auf Korkenknallen ist angesichts des neuen Vertrags wenig zu spüren. Kein Wunder: Zwischen Laeken und Lissabon liegen drei gescheiterte Referenden, mit deren Ursachen und Konsequenzen die Europapolitik bis heute keinen gesunden Umgang gefunden hat.

In Laeken trieb die Staats- und Regierungschefs vor allem die bevorstehende Osterweiterung an. Seither sind die Herausforderungen für die EU deutlich gewachsen. Im internationalen Umfeld ist der relative Bedeutungsverlust der EU gegenüber anderen Weltregionen in den letzten acht Jahren sehr viel gravierender geworden, in wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und demographischer Hinsicht. Gleichzeitig sind durch die globale Krise neue Gestaltungsaufgaben in Wirtschafts- und Finanzfragen auf die Agenda gerückt, zu der die EU noch gemeinsame Positionen entwickeln muss.

Im Inneren fehlt zupackende politische Führung, die der Zusammenarbeit Glaubwürdigkeit verleiht – zumal die gescheiterten Referenden und die geringe Unterstützung für die vergangenen und künftigen EU-Erweiterungen gezeigt haben, dass Integrationsentscheidungen nicht mehr automatisch Unterstützung erfahren. Verstärkt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gewinnen in der großen Politik wie im privaten Denken Abgrenzungsideen an Einfluss, sofern das gemeinsame Handeln nicht von Vertrauen und Einsicht in den langfristigen Nutzen getragen ist. Protektionismus in den Grenzen der EU stellt aber die grundlegendste Errungenschaft der Gemeinschaft in Frage: den Binnenmarkt und die gemeinsame Währung .

Angesichts dieser Herausforderungen ist die Politik also mit dem Inkrafttreten des Vertrags keineswegs aus der Verantwortung entlassen. Im Gegenteil: Ihre Aufgabe ist es, die EU in der konkreten Umsetzung und darüber hinaus so handlungsfähig und legitim wie möglich zu machen.

Unmittelbar betrifft dies etwa die Gestaltung der Rollen, die der Europäische Präsident Herman van Rompuy und die Europäische Außenministerin Lady Ashton wirklich spielen sollen, und auch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. An der administrativen und finanziellen Ausstattung wird sich zeigen, wie viel Kraft und Unabhängigkeit die Regierungen der gemeinsamen Außenvertretung geben wollen.

Relevant wird auch die praktische Umsetzung: Sind die Mitgliedstaaten primär auf den Erhalt des eigenen Einflusses bedacht, wird der neue EU-Präsident in der Praxis zu einem besseren Sekretär des Rates. Und Lady Ashtons außenpolitischen Schritte werden von nationalen Alleingängen der größeren EU-Staaten konterkariert. Auch im Inneren sind Weichen zu stellen: Das Europäische Bürgerbegehren kann zur Partizipationsmöglichkeit mit politischer Durchschlagskraft werden – oder zu einer symbolischen Erneuerung reduziert werden.

Über Jahre war nicht nur die deutsche Europapolitik darauf konzentriert, die Reformen des gescheiterten Verfassungsvertrags zu retten. Dass heute der Lissabonvertrag in Kraft tritt belegt den Erfolg dieser Bemühungen.

Gleichzeitig haben sich die meisten europäischen Politiker in den vergangenen Jahren davor gedrückt, Kernfragen nach der Zukunft der EU zu beantworten, die die Bürger aber interessieren: Welche Konsequenzen sind aus den gescheiterten Referenden, der sinkenden Beteiligung an Europawahlen und der Stärkung EU-feindlicher Parteien zu ziehen? Welche Grenzen soll die EU haben? Wie sollen die Beziehungen zu den wichtigsten Nachbarn aussehen? Welche Schwächen des europäischen und internationalen Governance-Systems hat die Wirtschafts- und Finanzkrise aufgedeckt?

Die Ausrede, man könne vor Abschluss der Lissabon-Ratifikation keine neuen Ideen entwickeln, ist nun hinfällig. Bleibt eine zweite Begründung für europapolitische Lethargie: Die Bevölkerung würde keine weiteren Integrationsschritte mittragen. Sicherlich äußern Bürger etwa in Diskussionsveranstaltungen Kritik an der EU, die man vor zehn Jahren so nicht gehört hätte. Und in Umfragen sinken die Vertrauenswerte der EU-Institutionen. Aber ist das wirklich eine Abkehr von Europa – oder nicht vielmehr ein Zeichen von Klarsicht und legitimer Sorge um ein wichtiges, aber nicht zufriedenstellendes System, das in seinen Grundzügen geschaffen wurde, um Europa aufzubauen, nicht um es demokratisch zu regieren? Meinungsumfragen belegen keine generelle Ablehnung gegenüber Europa. Im Gegenteil: Gerade in Zeiten internationaler Krisen und globaler Umbrüche steigen in einigen Bereichen die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Genau hierin liegt die Gefahr einer frustrierten Abkehr.

Mit dem Vertrag von Lissabon hat die EU eine bessere institutionelle Grundlage. Sie hat Bürger, die nicht pauschal europaunwilliger geworden sind. Und sie hat eine Krise, die als Chance für einen Aufbruch nicht vergeudet werden sollte. Wenn dieser jetzt nicht gelingt, dann liegt das womöglich an manchen Regierungen und nationalen Parteien, den noch immer wichtigsten Akteuren im Brüsseler Politikgeschäft. Sie folgen primär der Logik des eigenen Machterhalts, nicht derjenigen, Europa zukunftsfähig zu machen.

Daneila Schwarzer leitet die Forschungsgruppe EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.